

# Der Steinarbeiter

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint zweiwöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 480 Mk. — Eingetragen in der Reichs-Votliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Verlagsstelle in Leipzig, Zeiter Straße 30, IV., (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 27 503

Schluss des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltspaltene Kleinseite 200 Mk. Anzeigen werden nur bei vorberiger Einbindung der Kosten aufgenommen. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 18/19

Sonnabend, den 12. Mai 1923

27. Jahrgang

## Lohnbewegungen.

**Laufende Notizen unter: „Gesperrt“, „Streit“, „Zugzug fernzuhalten“, werden nur aufgenommen, wenn der Schriftleitung mindestens alle zwei Wochen kurzer Bericht gegeben wird. — Sperrnotizen finden nur Aufnahme, wenn der Grund der Sperre geschildert wird.**

### Gesperrt:

In **Naumburg** die Firma **Horz**, Betrieb **Schneidm.** In **Hildesheim** die Firma **Dräger**. In **Fürstentum** die Firma **Deplaz & Co**

### Streit:

In **Dreihausen** (Firma **Schneider**). In **Danzig** (bei einzelnen Firmen). In **Büschelbach** (Baden) bei der Firma **Thiele**. In **Mannheim**.

**Bayrischer Wald.** Der Niederbayrische Unternehmerverband hat am 11. April unsere Verbandsmitglieder als Protest gegen eine Verbindlichkeitsklärung ausgesperrt. In Frage kommen 1700 Kollegen.

### Zugzug ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperre und Streit von **Diaguth** (Firmen **Herrn Wagner und Wilhelm Born**), **Augsburg**, **Frankfurt a. O.**, **Hirschberg** und **Jannowitz** in **Schlesien**, **Stettin**.

## Ein menschenwürdiges Dasein!

Seit Jahrhunderten ringt die Menschheit in ihren edelsten Vertretern um eine Menschengemeinschaft, aus der die Gegensätze zwischen Arm und Reich verschwunden sind. Der klaffende Zwiespalt zwischen berghehem Reichtum und abgrundtiefer Armut soll beseitigt, das bodenlose Meer des Massenelends voll ausgetrocknet werden. Die Lebensmöglichkeit eines jeden Mitglieds dieser Gemeinschaft soll gesichert, einem jeden Menschen, der seine volle Pflicht und Schuldigkeit tut, soll ein menschenwürdiges Dasein gewährleistet werden. Eine solche Menschengemeinschaft, die allen Sozialisten als erstrebenswertes Ziel vorsteht, kann allerdings erst dann errichtet werden, wenn das kapitalistische Unkraut der Erwerbssucht und der Habgier mit Stumpf und Stiel ausgerottet worden, wenn die Möglichkeit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verschwunden ist. Das menschliche Zusammenleben, das bisher auf der Ueberbottung, Unterdrückung und Entwürdigung des einen Menschen durch den andern beruht, muß auf eine neue, höhere Grundlage gestellt werden, nämlich auf die Grundlage des Solidarismus, der Gerechtigkeit, der Menschenliebe, der sozialen Gleichwertigkeit und der gleichen sozialen Gelegenheiten. Um die Menschen zu Sozialisten zu machen, die den Sozialismus nicht nur im Herzen tragen und auf den Lippen führen, ist nicht nur eine seelische Umwandlung sittlicher Art nötig, die durch Bildung und Erziehung erreicht werden kann, sondern auch eine Umgestaltung unseres gesamten Wirtschaftslebens. Unsere Wirtschaft muß entkapitalisiert und sozialisiert werden, was geschehen wird durch eine Enttötung der Ausbeuter und eine Ueberführung der Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit, auch muß die kapitalistische Erwerbswirtschaft umgewandelt werden in eine sozialistische Bedarfsdeckungswirtschaft, und endlich gehört auch noch dazu, daß die Planlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft ersetzt wird durch eine planvoll organisierte Wirtschaft, in der alle wirtschaftlichen Kräfte zusammengefaßt und auf ein gemeinsames Ziel, das Wohl der Gesamtheit, gerichtet werden. Erst dann wird das Ziel: ein menschenwürdiges Dasein, für alle, erreicht werden.

Der Ausdruck „menschenwürdiges Dasein“ hat im Laufe der letzten Jahrzehnte eine begriffliche Wandlung durchgemacht, sein Inhalt ist wesentlich erweitert und vertieft worden. An dieser Vertiefung des Begriffs vermag man recht deutlich die Aufwärtsentwicklung, die geistige, sittliche und kulturelle Hebung des Proletariats zu beobachten, die eine Folge organisatorischer Bildungs- und Erziehungsarbeit ist. In den Anfängen der modernen Arbeiterbewegung verstand man unter einem menschenwürdigen Dasein eine gute, auskömmliche Existenz. Auch der Proletarier wollte als Mensch leben, er wollte in bezug auf Nahrung, Kleidung und Wohnung den andern Volksgenossen gleich sein. Das war die Zeit, als die soziale Frage als eine Magenfrage, als eine Messer- und Gabelfrage aufgefaßt wurde, als Heinrich Heine in seinem „Wintermärchen“ den verelendeten Proletariern die Worte in den Mund legte: „Wir wollen auf Erden glücklich sein, wir wollen nicht mehr darben, verschlemmen soll nicht her faule Bauch, was fleißige Hände erwarben.“ als er in seinem „Wanderer“ das Proletariat schildert in den Versen: „Der sinnliche Rattenhaufen, er will nur fressen und saufen, er denkt nicht, während er läuft und frißt, daß unsre Seele unsterblich ist.“ Damals kam es tatsächlich zunächst darauf an, die ausgehungerten, im tiefsten Elend stehenden Massen materiell zu heben und ihnen als nächstes Ziel eine gesicherte materielle Existenz zu zeigen. Es war eine aus den damaligen Verhältnissen herausgeborene, sehr richtige Taktik, für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, um eine bessere Lebenshaltung des Proletariats zu kämpfen, denn zuerst muß ein Mensch und eine Klasse in wirtschaftlicher Beziehung aus dem Größten herausgearbeitet sein und wenigstens halbwegs festen Boden unter den Füßen haben, ehe an Kultur- und Erziehungsarbeit gedacht werden kann. Die Pioniere der Arbeiterbewegung, denen die Menschheit so viel verdankt, legten deshalb mit vollem Recht den Hauptwert auf die materielle, wirtschaftliche Seite des menschlichen Daseins.

Unmählich aber dämmerte in den proletarischen Schichten die Erkenntnis auf, daß es neben und über dem Materiellen noch etwas Höheres gibt, daß auch die Seele ihr Recht verlangt. Das Bibelwort: „Was nütze es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewinnt, aber Schaden litt an seiner Seele?“ gewann an Boden in den proletarischen Massen, und es erwachte ein Sehnen nach Wissen und Bildung, nach Kunst und Kultur. Auch die Proletarier wollten Anteil haben an den geistigen und kulturellen Schätzen, die in der Menschheit aufgeschöpft sind, auch sie erhoben Anspruch auf alles das, was den Menschen über das Werttagstreiben erhebt, was erst eigentlich das Leben gut und schön und lebenswert macht. Mit innerem Unwillen empfanden sie die Zurücksetzung, die darin liegt, daß sie von den Quellen der Kultur abgesperrt, daß sie zur Kulturlosigkeit verdammt waren. So entwickelte sich die Arbeiterbewegung

zu einer Kulturbewegung, der Wirtschaftssozialismus erweiterte sich zum Kultursocialismus. Es ist schon ungemein viel Arbeit geleistet worden — und es wird heute mehr als jemals in diesem Sinne gearbeitet —, um die Arbeiterschaft geistig, sittlich und kulturell zu heben, um auch die Proletarier und Proletarierinnen zu Vollmenschen und Kulturmenschen zu machen. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Wenn auch noch breite Schichten der Bevölkerung, die von dieser Arbeit nicht erfaßt werden konnten, in der Unkultur und Unwissenheit stecken geblieben sind, so kann doch die deutsche Arbeiterbewegung mit Stolz und Befriedigung sagen, daß alle die großen Opfer, die für Bildungs-, Erziehungs- und Kulturzwecke gebracht wurden, nicht vergeblich waren.

Neben dieser Entwicklung zur Kultur beobachten wir auch das Erwachen des proletarischen Selbstbewußtseins. Die organisierten, aufgeklärten Proletarier wurden sich ihrer Bedeutung im wirtschaftlichen und politischen Leben bewußt, sie bekamen ein starkes Gefühl für ihre Würde als Mensch und Arbeiter. Sie wollten nicht mehr die verachteten Parasiten bleiben, die man geringschätzig über die Achseln ansah, sie erhoben Anspruch auf soziale Gleichwertigkeit. Auch der Mann im Arbeitstittel, die Frau im Arbeitskleide forderten Achtung, Ehre und Anerkennung, weil sie erkannten, daß auf ihrer Arbeit die menschliche Gesellschaft aufgebaut ist. Das Schillerwort: „Ehret den König, seine Würde, ehret uns der Hände Fleiß!“ war ihnen aus der Seele gesprochen, und mit Stolz machten sie den Satz Butlers in Schillers „Wallenstein“ zu ihrem Wahlspruch: „So hochgestellt ist keiner auf der Erde, daß ich mich selber neben ihm verachte!“ Dieses stark ausgeprägte Selbstbewußtsein wurde ergänzt durch ein stark ausgeprägtes Rechtsbewußtsein. Der moderne Arbeiter wollte den andern Volksgenossen nicht nur gleichwertig, sondern auch gleichberechtigt sein, er verlangte das Mitbestimmungsrecht in Staat, Gemeinde und Wirtschaftsleben. Es sind zahlreiche, erbitterte Kämpfe geführt worden um die Gleichberechtigung, und diese Kämpfe haben dazu geführt, daß heute das gleiche Recht für alle in der Reichsverfassung festgelegt worden ist, wobei allerdings nicht vergessen werden darf, daß jedes neue Recht zunächst in der Theorie besteht und erst dann zur Tatsache wird, wenn es durch die geistige, wirtschaftliche und organisatorische Macht geführt wird. Wenn wir auch heute noch längst nicht über den Berg hinweg sind und das erreicht haben, was uns als Ziel vorsteht, so sind wir doch dem schon bedeutend näher gerückt, was Wilhelm Meißing im Jahre 1914 forderte: „Auch wir deutschen Arbeiter wollen eine Stimme haben in den öffentlichen Beratungen über das Wohl und Wehe der Menschheit, denn wir, das Volk, in Blusen, Jacken, Strümpfen und Kappen, wir sind die zahlreichsten, nützlichsten und kräftigsten Menschen auf Gottes weitem Erden. Auch wir wollen eine Stimme erheben für unser und der Menschheit Wohl, damit man sich überzeuge, daß wir recht gut Kenntnis von unsern Interessen haben, und daß wir, ohne von lateinischen, griechischen und kunstgemäßen Ausdrücken aufgeschwollen zu sein, recht gut, und zwar auch gut deutsch zu sagen wissen, wo uns der Schuh drückt. Auch wir wollen eine Stimme haben, denn wir haben noch nie eine gehabt, damit man uns endlich kennen lerne, weil man uns bis jetzt noch immer verkannt hat.“

Seitdem diese Worte geschrieben wurden, sind 80 Jahre verfloßen, und diese kurze Spanne Zeit hat genügt, um das deutsche Proletariat zum einflussreichsten Faktor in Staat und Gesellschaft zu machen. Das konnte aber nur dadurch erreicht werden, daß zahlreiche Proletarier und Proletarierinnen — leider noch längst nicht alle! — ihre Pflicht getan haben gegen sich und ihre Klassen-genossen. Welch unbeschreiblich große Opfer sind gebracht, welch unermüdete Mühen und Anstrengungen sind aufgewandt worden, um die Massen aus dem Sumpfe wirtschaftlichen, geistigen und sittlichen Elends zu heben. Dieser zähen, unermüdeten Arbeit ist es zu verdanken, daß wir heute unter einem menschenwürdigen Dasein mehr verstehen als vormals. Heute erhebt das Proletariat Anspruch auf eine ausreichende materielle Existenz, auf Wissen, Bildung, Kunst und Kultur, auf Ehre, Achtung, Anerkennung und Menschenwürde, auf Freiheit, Recht, Mitbestimmung und Persönlichkeit. Aber es hat auch erkannt, daß uns dieses menschenwürdige Dasein nicht wie ein Geschenk des Himmels in den Schoß fällt, sondern daß wir es uns in hartem Kampfe erringen müssen. Schande deshalb über jeden Proletarier, über jede Proletarierin, die sich nicht einreihen in die proletarische Kampffront, die vielmehr tatenlos absteht und wie Schmarotzer die Früchte verzehret, die ihre kämpfenden Brüder und Schwestern gepflückt haben! „Vor dem Erfolg haben die Götter Mühe und Schweiß gestellt!“ sagt ein altgriechischer Dichter, und diese ewige Wahrheit sollte niemand vergessen, der aus der Verelendung heraus sich nach einem menschenwürdigen Dasein sehnt.

F. L.

## Zur Aussperrung im Bayrischen Wald.

(Chr. Sch.) Im Bayrischen Wald spielt sich gegenwärtig bei den Firmen des Niederbayrischen Unternehmerverbandes ein Kampf ab, dessen Ursachen auch den nichtbeteiligten Kollegen zur Kenntnis gebracht werden müssen. Bis zu Beginn der französisch-belgischen Ruhraktion waren die Unternehmer des Niederbayrischen Verbandes vorwiegend an den Reparationslieferungen beteiligt. Dies war auch die Ursache, daß diese Unternehmer bei allen Lohnverhandlungen daran festhielten, daß die Löhne immer für einen ganzen Monat festgelegt wurden. Für unsre Kollegen bedeutete dieses Festhalten an den monatlichen Abschüssen deshalb eine Härte, weil die Löhne immer für den kommenden Monat abgeschlossen wurden und wir bei der Lohnverhandlung nicht wissen konnten, wie sich die wirtschaftlichen Verhältnisse im kommenden Monat entwickeln. Alle unsre Bedenken, die wir zu diesem Verfahren äußerten, wurden von den Unternehmern damit beantwortet, daß bei den nächsten Verhandlungen ein Ausgleich geschaffen wird, wenn sich herausstellt, daß die vereinbarten Löhne durch die Steigerung der Lebenshaltungskosten überholt sind. Diesem Verfahren entsprechend wurden die Löhne für den verhängnisvollen Februar bereits am 26. Januar vereinbart. Schon in den ersten Tagen des Februar trat eine Steigerung der Lebenshaltungskosten um mehr als 100 Prozent ein. Wir waren daher gezwungen, mit einer Nachtragsforderung für den Februar an die Unternehmer heranzutreten. Die Unternehmer des Niederbayrischen Verbandes lehnten aber jedes Entgegenkommen mit dem Hinweis ab, daß die Löhne für Februar vereinbart seien und ein Ausgleich nur durch die Märzlöhne geschaffen werden könne.

Am 23. Februar fanden die Verhandlungen mit dem Bayrischen Steinindustrieverbande statt und wurde durch diese Verhandlungen mit Rücksicht auf die sich im Februar überschüssig verhaltenen die Teuerungszulage ab 16. Februar von 48 000 auf 55 000 Prozent und ab 1. März auf 110 000 Prozent erhöht. Trotzdem der Niederbayrische Unternehmerverband keine Minute im Zweifel darüber sein konnte, daß es für ihn nichts anderes geben konnte, als den Anschluß an das Abkommen mit dem Bayrischen Steinindustrieverbande zu betätigen, lehnte der Niederbayrische Verband besondere Lohnverhandlungen für den 1. März fest. Bei diesen Verhandlungen lehnte die Unternehmergruppe nicht nur jedes Entgegenkommen für den Monat Februar erneut ab, sondern brachte obendrein noch eine Teuerungszulage von 72 000 Prozent für den ganzen Monat März in Vorschlag. Auf dieser Grundlage war eine Einigung nicht zu erzielen, die Verhandlungen sind gescheitert. Das angerufene Landesarbeitsamt fällt nach zweimaligen Verhandlungen einen Schiedsspruch, nach welchem für den Niederbayrischen Verband die Teuerungszulage ab 1. März auf 72 000 Prozent und ab 16. März auf 110 000 Prozent zu erhöhen ist. Auch dieser Schiedsspruch wurde von den Unternehmern abgelehnt. Beim Reichsarbeitsministerium hatten wir beantragt, die am 23. Februar mit dem Bayrischen Steinindustrieverband getroffene Vereinbarung für das rechtsrheinische Bayern für allgemein verbindlich zu erklären. Diesem Antrage wurde stattgegeben und hatte damit auch für den Niederbayrischen Unternehmerverband das mit dem Bayrischen Steinindustrieverband getroffene Lohnabkommen Gesetzeskraft erlangt. Diese allgemeine Verbindlichkeitsklärung ging dem Niederbayrischen Unternehmerverband auf die Nerven. Als Protest dagegen beschloß diese Unternehmergruppe, unsre Kollegen auszusperrern und beim Reichsarbeitsministerium Einspruch gegen die Verbindlichkeitsklärung zu erheben. Der Einspruch wurde damit begründet, daß die Löhne zu hoch seien und die Voraussetzung zur allgemeinen Verbindlichkeitsklärung nicht gegeben wären. Daß dieser Unternehmergruppe die Löhne zu hoch sind, glauben wir gern. Es gab bis zum heutigen Tage noch keine Löhne, die diesen Unternehmern nicht zu hoch waren. Jetzt haben ja die Herren Arbeitgeber, diese hohen Löhne selbst einzuführen und damit ihren „unterernährten“ Körper wieder etwas aufzurichten. Doch aber die Einwände über die hohen Löhne eine faule Ausrede sind, geht daraus hervor, daß die Mitglieder des Bayrischen Steinindustrieverbandes in ihren niederbayrischen Betrieben bis zum heutigen Tage noch keinen Anstoß an diesen Löhnen genommen haben und vereinbarungsgemäß ab 16. Februar 55 000 Prozent und ab 1. März 110 000 Prozent Teuerungszulage zur Auszahlung bringen. Was den Mitgliedern des Bayrischen Steinindustrieverbandes in den niederbayrischen Betrieben möglich ist, kann den Herren des Niederbayrischen Verbandes in den gleichen Orten nicht unmöglich sein. Wir wollen bei dieser Gelegenheit die Mitglieder des Niederbayrischen Verbandes nur daran erinnern, daß sie bisher den Arbeitern gegenüber stets erklärt haben, daß sie jede vereinbarte Teuerungszulage bezahlen, und daß nur der Steinarbeiterverband daran schuld sei, wenn keine höheren Löhne erzielt werden. Den Arbeitern gegenüber hatten diese Herren stets das größte Verständnis für die Notlage unsrer Kollegen. Nur der Steinarbeiterverband sei ihnen hinderlich, dieses Verständnis auch in die Tat umzusetzen.

Durch die jegliche Aussperrung sollen die Arbeiter des Niederbayrischen Verbandes müde gemacht werden. Eine jede Arbeitsgelegenheit, die sich für unsre Kollegen bietet, suchen diese Herren zu hintertreiben. Ueber den Ausgang dieser Bewegung heute schon Betrachtungen anzustellen, wäre unverantwortlich. Wir können aber den Wortführern des Niederbayrischen Verbandes schon jetzt verraten, daß sie mit diesen Mitteln nicht zum Ziele kommen. Nicht von der Aussperrung, aber von den aus der Aussperrung entstehenden Folgen wird das Weiterbestehen so mancher Betriebe abhängen. Hoffentlich haben sich diese aussperrungslustigen Herren die künftigen Reparationslieferungen aus dem Kopf geschlagen. Daß man nicht auf Kosten der Allgemeinheit Reparationslieferungen ausführen kann, wenn man seine Arbeiter wegen ordnungsgemäß vereinbartem Lohn auf die Straße wirft, kann doch auch dem Niederbayrischen Unternehmerverband nicht unbekannt sein. Die Steinarbeiter des Bayrischen Waldes haben den ihnen aufgewungenen Kampf aufgenommen, und es besteht bei unsren Kollegen Einmütigkeit darüber, daß nicht die Arbeiter, sondern die Unternehmer durch diesen Kampf einen unvergänglichen Denkmahl davontragen. Die Geschlossenheit unsrer Kollegen bietet uns die Gewähr, daß der Niederbayrische Unternehmerverband seine jeglichen Gewaltmaßnahmen mit recht bitteren Enttäuschungen bezahlen muß.

## Aus Schlesien.

Ueber recht unwirksame Zu- und Mischstände soll im Nachstehenden kurz berichtet werden. Dabei handelt es sich um die in den Quarzschieferbrüchen bei Crummendorf in Strehlen herrschenden Arbeitsverhältnisse.

Seit ungefähr einhalb Jahren versucht sich in einer der beiden Firmen ein neuer Besen, in Gestalt eines Direktors, unentbehrlich zu machen. Würde letzteres nicht zu anbauenden Reibungen mit der Arbeiterschaft führen, so könnte uns dieses völlig uninteressiert lassen. Leider geht aber beinahe jede Maßnahme dieses neuen Herrn darauf hinaus, sich auf Kosten der Arbeiterschaft in Amt und Würde zu wickeln. Öffentlichlich wirkt die Schule über das Taylorsystem nach, die dieser Herr sicherlich mit mehr oder weniger gutem Erfolge genossen haben dürfte. Geht es in der Ausführung dieser neuen Richtung auch um die Gesundheit der Arbeiter, sowie um das gegenseitige friedliche Zusammenarbeiten, so wird doch nichts unterlassen, was dem Herrn nur irgendwie geeignet erscheint, den Besitzern in direkter oder indirekter Form höhere Gewinne zu verschaffen.

Trotzdem der Herr Direktor, wie auch die Herren Besitzer davon unterrichtet sind und sein müssen, daß schon bei der Handarbeit, durch den dabei entwickelten Staub, die bedenklichsten Krankheitserscheinungen (Lungentuberkulose) und Sterbefällen befanden, führt man, ohne nur den Versuch zu machen, die Arbeitsstätten umzubauen, den Lufthammer ein. Daß durch die Verwendung der Lufthammer in völlig unzureichenden, weil zu niedrigen Arbeitsräumen die Erkrankungen an Lungentuberkulose in geradezu erschreckender Weise zunehmen, müßte den Herren selbst zur Kenntnis kommen und ist ihnen überdies schon wiederholt gelagt worden, wobei die

Notwendigkeit einer Abhilfe befragt wurde. Treibende Kraft zu diesem Raubbau an Menschenerleben ist wiederum der Herr Direktor Wörmer. Anlaß hierzu ist wie immer Profitgier, die man durch Abzug von vorläufig (künftig wahrscheinlich noch mehr) 10 Prozent von den bestehenden Aufträgen für die Verwendung der Luftkammer befriedigen will. Ob letzteres auf die Dauer gelingen wird, ist eine andre Frage, die aber nicht an dieser Stelle diskutiert werden soll. Zur Zeit sind reichlich 20 Prozent der mit den Luftkammern beschäftigten Kollegen krank, fast ausschließlich an Lungentuberkulose, wiewohl von der Belegschaft außer diesen schon den tödlichen Keim in sich tragen, wird durch die eingeleiteten Schritte festgestellt werden.

Man denke sich die Verwendung von Luftkammern an einem Gestein, das anscheinend noch schädlicheren Staub entwirft als der Sandstein, in Arbeitsräumen, die für den Arbeiter höchstens 15 Kubikmeter Luft zulassen, an drei Seiten abgeschlossen und an der Stirnseite durch ein herabhängendes Ueberdach sowie durch vorgelagerte Rohrschneide vorstellt, daß kaum Raum zum Betreten der Arbeitsstelle übrig bleibt. Daß die Arbeit in derartig unzureichenden und altertümlichen Werkstätten die Gesundheit der Arbeiter in einer bisher noch nirgends wahrgenommenen Schnelligkeit untergräbt, ist seit der Verwendung der Luftkammer sicherlich auch dem Herrn Direktor bzw. den übrigen Herren klar, aber dieses zuzugeben, würde ja Errichtung neuer Werkstätten bedeuten, und letzteres griffe den dreimal geheiligten Profit an, um so mehr, als man für solche Neubauten den Arbeitern mit noch weniger Begründung Abzüge am Lohn zumuten könnte, wie dies für die Verwendung der Luftkammer verurteilt wurde und vorläufig durchgeführt ist. Um nicht mißverstanden zu werden, halten wir hier fest, daß sich die Arbeiter nicht gegen technische Neuerungen, die eine Hebung der Produktivität bringen, wenden, sondern nur bestreiten, daß die Verwendung der Luftkammer einen Lohnabzug um 10 Prozent zulassen, denn dem Direktor und seinen Auftragsgebern muß doch einleuchten, daß für die noch gesundheitsschädlichere und nervenschwächende Arbeit auch dem Arbeiter ein Ausgleich gegeben werden muß. Mit allen Mitteln, falls dieses nicht durch das Einschreiten der Behörden erledigt werden sollte, werden sich die Arbeiter zur gegebenen Zeit gegen die dauernde Verwendung der Luftkammer in diesen mörderischen Werkstätten zur Wehr setzen! Es gehört wirklich wenig soziales Verständnis der Arbeitgeber dazu, diesen Standpunkt der Arbeiter zu begreifen und Abhilfe zu schaffen, aber selbst dazu reicht das menschliche Gefühl nicht aus, oder der Geldsack. Ebenso wie man die Luftkammeranlage schaffen konnte, hätte man auch ausreichende und der Tuberkulose vorbeugende Werkstätten schaffen können, wie überhaupt für die beiden Formen auf Grund der in den letzten Jahren und auch jetzt noch herrschenden Konjunktur solche Ausgaben nicht wesentlich ins Gewicht fallen können. U. E. dürfte also lediglich der gute Wille oder das soziale Verständnis mangeln. Ob so oder anders, der momentane Zustand muß und wird beseitigt werden, daß sind beide Teile besonders den Arbeiterfamilien verpflichtet. In dieser Beziehung scheint die Tayloristische Schule des Herrn Direktor Wörmer eine wesentliche Lücke zu zeigen, denn unstes Wissens legte Taylor auf ausreichende und dem Arbeiter zuzugewandene Arbeitsräume großen Wert im Interesse des Betriebes, was gleichbedeutend mit dem des Profites ist.

Den Schloßern und Schmieden verschmizt man die unteren Fenster Scheiben, um ihnen einen Moment Ruhe durch einen Blick ins Freie zu verschaffen, den Besucher zählt man vor, daß sie vom Bruch zum Frühstücksräum in kürzester Zeit kommen als umgekehrt usw., wie man oben jede Kleinigkeit benutzt, die Arbeiter zu beunruhigen. Daß sich durch all diese Machinationen der Arbeiter-schaft eine außerordentliche Erbitterung gegen den Urheber dieser Schikanen bemächtigt hat, ist erklärlich. Sollte es aus diesen Gründen in kurzer oder längerer Zeit einmal zu ernstlichen Auseinandersetzungen kommen, so weisen wir schon heute jegliche Veranwortung von uns. Arbeitsräume sind ein für allemal nicht dazu angetan, zum Zuchtbaus gemacht zu werden, ebensowenig wie die Arbeiter bereit sind, dem rücksichtslosen Profitstreben oder persönlichem Strebertum ihre Gesundheit zu opfern. So wenig wir bereit sind, den jetzigen Zuständen auf die Dauer tatenlos zuzusehen, so gern würden wir es begrüßen, wenn diese Zeiten dazu beitragen würden, ernstliche Auseinandersetzungen dadurch zu erübrigen, daß die Firmen den von der Gauleitung gegenüber den Behörden oder am Verhandlungstisch gemachten Anregungen Rechnung tragen. Daß die Firmen trotz der zunehmenden Teuerung den Arbeitern eine Lohnreduzierung aufzwingen, hat die Gebuld der Arbeiterschaft aufs äußerste erschöpft. Die Begründung der Firmen, die Löhne wären über die allgemein übliche Höhe hinausgegangen, ist Angesichts der andauernden Preissteigerung nicht stichhaltig. Sicher-

lich haben die Einnahmen der Herren Direktoren auch keine Ermäßigung erfahren, und es wird kein Fehler sein, wenn die Herren unter Warnung etwas Wert bemessen; dazu sollten diese Zeilen dienen.

### Gewerkschaftsarbeit der Kommunisten.

Die kommunistische Tätigkeit in einzelnen Gewerkschaften ist bekanntlich in den meisten Fällen so, daß die Gesamtinteressen der betreffenden Berufsklasse darunter schwer leiden, ganz abgesehen von dem schwindenden Ansehen und dem nachlassenden moralischen Einfluß der betreffenden Verbände auf andre Widerfächer. Im Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands tritt dies nach außen hin und allgemein gesehen weniger in Erscheinung. Vielmehr ist der Wirklichkeitsinn unrer Berufscollegen allem Ansehen nach stärker wie das Wortgebimmel etlicher Phrasenre. Sicherlich ist es gut, wenn dem so wäre; es würde alle erfreuen, denen die Arbeiterbewegung Herzenssache geworden ist. In den Filialen andrer Verbände spielen sich oft die unglaublichsten Vorgänge ab, und es ist tatsächlich angebracht, diese Vorgänge weiteren Gewerkschaftskreisen zugänglich zu machen, damit aus den Vorkommnissen die nötigen Lehren gezogen werden. In diesem Sinne soll auch das Nachstehende, das uns übermittelt wird, eingeschickt werden:

Kemscheid ist in Rheinland-Westfalen die Hochburg der A.P.D. und die örtlichen Gewerkschaften deshalb unter ihrer Botmäßigkeit. Gewerkschaftsmitglieder, die der B.S.P.D. angehören, sind selbst vor Tätlichkeiten der andern „Geistesrichtung“ nicht sicher.

Vor zwei Jahren wurde dort im Deutschen Metallarbeiterverband ein kommunistischer Bevollmächtigter gewählt, der sich durch die Praxis überzeugen lassen mußte, daß die Gewerkschaften etwas anderes sind als politische Parteien. Dadurch geriet er immer mehr in Widerspruch zur A.P.D., deren Vorsitzender er war.

Entsprechend dem Beschluß des erweiterten Betrags und des Vorstandes des Deutschen Metallarbeiterverbands sprach dieser Bevollmächtigte, namens Büß, in mehreren Versammlungen gegen den kommunistischen Betriebsrätekonferenz, trotzdem er vom örtlichen Parteivorstand aufgefordert wurde, sich dafür einzusetzen, oder wenigstens den Mund zu halten. Da sich Büß nicht fügte, wurde sein Ausschluß aus der A.P.D. beschlossen. Das Urteil des Parteischiedsgerichts lautet in seinem entscheidenden Teil:

In drei nachgewiesenen Fällen hat Büß die Parteidisziplin gröblich durchbrochen, dadurch die Aktion der Massen für den Betriebsrätekonferenz geschädigt und das Ansehen der Partei in den Massen untergraben.

Da auch jetzt noch Büß erklärt, prinzipiell gegen die Taktik der Partei zu sein und damit sich gegen die Aktion der Partei stemmt, muß die Partei Büß, der als erster Bevollmächtigter des Deutschen Metallarbeiterverbands eine führende Rolle einnimmt, aus der Partei ausschließen.

Das Schiedsgericht hat den Ausschluß von Büß einstimmig gefaßt und bringt damit zum Ausdruck, daß die Grundsätze der Partei über alles gehen.

Die Veröffentlichung dieses Urteils schließt mit dem Satz: „Die Partei wird überall da, wo Genossen, gestützt auf den kommunistischen Einfluß, in leitende Stellungen kommen, und nachher eine entgegengesetzte Politik treiben, rücksichtslos durchgreifen.“

Die drei parteischädigenden Fälle sind: 1. Büß' Stellungnahme gegen den Betriebsrätekonferenz der A.P.D.; 2. Büß hat bei einigen wichtigen Streiks pflichtgemäß als Bevollmächtigter des Deutschen Metallarbeiterverbands gehandelt, während die A.P.D. ein Weiterstreiken der Aktion verlangte; 3. Büß hat Verhandlungen über den Rahmentarif erst abgebrochen, nachdem er sich mit der Bezirksleitung, d. h. dem Vorstand, verständigt hatte. Dagegen verlangte die A.P.D. sofortigen Abbruch der Verhandlungen und dadurch Verstoß gegen die Statuten des Verbands und größtenteils Pflichtverletzung. Die A.P.D. erlaubt sich also, einem Bevollmächtigten des Deutschen Metallarbeiterverbands seine gewerkschaftlichen Handlungen vorzuschreiben und — wer sich nicht fügt, der fliegt.

Das tollste aber ist, daß dieses Urteil mit der Begründung mit-beschlossen wurde von zwei Geschäftsführern des Deutschen Metallarbeiterverbands in Kemscheid. Diese wollten also den ersten Bevollmächtigten zwingen, seine gewerkschaftlichen Pflichten zu verletzen, und weil er sich diesem Zwange nicht fügt, werfen ihn dieselben Leute aus seiner Partei und verkünden stolz: daß die Grundsätze der Partei über alles gehen.

Daß diese beiden, Rieven und Benscheid, als Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbands die Geschäfte der A.P.D. besorgen, ist damit erwiesen. Sie müssen sich doch selbst nach ihrem eignen Beschluß gegen ihre Gewerkschaft richten, deren Ge-

schäftsführer sie sind, denn sie wollten andre zwingen, das gleiche zu tun. Eine derartige Schädigung der Gewerkschaften und Pflichtverletzung hatte selbst im Metallarbeiterverband den Ausschluß dieser Leute zur Folge.

Erschwerend kommt noch hinzu, daß Rieven in einer Generalversammlung von allen Angelegten ein offenes Bekenntnis zum kommunistischen Betriebsrätekonferenz verlangt hatte. Mit voller Ueberlegung trieb er sein verbandschädigendes Spiel. — Benscheid war bereits einmal auf ein Jahr von allen Ehrenämtern des Verbands ausgeschlossen wegen Verbandschädigung, so daß sein neuerliches Verhalten wiederholte Provokation und Schädigung des Verbands bedeutete.

Infolge der unerträglichen Zustände hatte der Bevollmächtigte Büß wiederholt sein Amt niederlegen wollen. Um aber nach außen hin den Zweifeln nicht zu zeigen, wurde er von der Ortsverwaltung erjucht zu bleiben. Nachdem aber Büß aus der A.P.D. ausgeschlossen war, fiel jede Rücksicht. In einer Generalversammlung wurde deshalb die Sache so „gehoben“, daß die Amtsniederlegung, die Büß auf Ersuchen der Ortsverwaltung zurückgezogen hatte, angenommen wurde und zugleich wurde Büß zum Vierteljahrschluß gekündigt. Die Versammlung war weder statutgemäß acht Tage vorher einberufen, noch standen diese Gegenstände auf der Tagesordnung. Macht nichts, die A.P.D. bestimmt.

Auf Beschwerde erklärte der Vorstand die Amtsenthebung Büß während der Dauer der Amtsperiode als unzulässig, es sei denn, daß ausreichende Gründe vorliegen. Nicht ein einziges Mal waren dem Vorstand Beschwerden über den Bevollmächtigten mitgeteilt worden. Diese vorläufige Entscheidung des Vorstands war durchaus korrekt und entsprach einem Beschluß der Stuttgarter Generalversammlung. Die Kündigung Büß' unter den geschilderten Umständen war eine glatte Maßregelung.

Da erscheint eines Tages ein kommunistisches Ueberfallkommando auf dem Bureau des Deutschen Metallarbeiterverbands und stellt dem Bevollmächtigten fünf Minuten Frist, das Bureau zu verlassen, andernfalls er mit Gewalt hinausgeworfen würde. Mit diesen Burthen stand der zweite Bevollmächtigte Weber in Verbindung. Er gab dem Kommandoführer Auskunft und sah höhnisch lächelnd diesem Standal zu ohne ein Wort des Einspruchs. Das war der entscheidende Grund, daß auch dieser famose Geschäftsführer vom Deutschen Metallarbeiterverbande ausgeschlossen wurde.

Jetzt spekuliert dieser Mann auf das Mitleid seiner Mitmenschen. Gegen die 20 bis 30 Mann des Ueberfallkommandos habe er nichts unternommen können, denn er sei Schwerkrankenbeschäftigter. Das letztere stimmt, doch konnte ihn das an einer vernünftigen mündlichen Einwirkung nicht hindern und darauf kommt es an.

Als zwei Vorstandsmitglieder in Kemscheid waren, wurden sie dauernd von einem kommunistischen Stoktrupp verfolgt, belästigt und sogar tätlich bedroht, bis sie den Zug wieder bestiegen hatten. Wenn es nicht zu Tätlichkeiten gekommen ist, so tragen daran die kommunistischen Helden keine Schuld.

Infolge dieser Vorkommnisse hatte der Vorstand einen Vertreter zur Beaufsichtigung nach Kemscheid entsandt, unter dessen Leitung die Ortsverwaltung weiter arbeitete. Auch diesem Vertreter wurde eines Tages durch ein kommunistisches Ueberfallkommando ein Ultimatum gestellt, in fünf Minuten zu verschwinden. In diesem Falle haben die „Einheitsfrontler“ keinen Erfolg gehabt.

Die Kemscheider Verwaltung behauptet jetzt in der Presse, daß außer diesen dreien noch weitere Mitglieder ohne Untersuchung ausgeschlossen worden seien. Das ist wiederum aufgelegter Schwindel, denn nicht ein einziger weiterer Ausschluß ist bisher erfolgt. So sieht in Wahrheit die Gewerkschaftsarbeit der Kommunisten aus, so stellen sie sich die Bewirkung der Einheitsfront vor. Solche Zustände einfach treiben zu lassen, würde die Zerstörung der Gewerkschaften unbedingt zur Folge haben. Es wäre bedauerlich, wenn solchem Treiben nicht mit fester Hand ein Ende geboten würde. Ein großer Teil der Mitglieder bekommt leider niemals ein objektives Bild von diesen Dingen, am allerwenigsten in Kemscheid selbst. Das dortige kommunistische Organ, die „Bergische Volksstimme“, hat den Ehrgeiz, jede andre kommunistische Zeitung im Lügen, Beschimpfen und Verheben zu überbieten. Da nimmt es nicht wunder, wenn gegen jeden andersdenkenden Kollegen und Genossen eine Pogromstimmung besteht. Trotzdem gaben die Mitglieder, welche der B.S.P.D. angehören, in der Generalversammlung am 30. März die Erklärung ab:

„Freie Disziplin im Rahmen selbstgeschaffener Statuten ist seit Bestehen der deutschen Gewerkschaftsbewegung oberster Grundbaustein gewesen, worauf die Erfolge der deutschen Gewerkschaften aufgebaut worden sind. Gerade heute, in einer Zeit der politischen Zerrissenheit, ist sie zur dringenden Notwendigkeit und zur Lebensfrage der Gewerkschaften geworden, insbesondere für die größte Organisation, den Deutschen Metallarbeiterverband. Wir billigen daher

### Mittelalterliche Mystik und Bildhauerkunst.

Prof. Dr. Julius Baum stellt in einem interessanten Werke fest, was die mittelalterliche Mystik für die Bildhauerkunst bedeutete. Das Werk behandelt die gotischen Bildwerke Schwabens. Es heißt darin u. a., daß für Antike wie für Renaissance der Mensch das Maß aller Dinge, die Kunst Spiegel der sicht- und mehnbaren Geistesfreiheit der Menschverhältnisse und der Gewichtsverteilung seines Körperbaues und der ihm innewohnenden Kräfte sei. Gleich, ob es sich um eine Statue oder um einen Tempel handelt, stets ist das Kunstwerk nicht etwa Wiedergabe der Wirklichkeit in ihrer gefälligen äußeren Erscheinung, sondern Darstellung der formalen Geistesfreiheit des Menschen. Dieser anthropozentrischen Gestaltungsweise ist die Hochgotik nahegekommen, die nicht, wie die Renaissance zur vollständigen Bewußtheit der Gestaltung durchgedrungen ist, weil im 13. Jahrhundert der mittelalterliche Spiritualismus immer noch die Herrschaft über den Sensualismus behielt. Mit dem 14. Jahrhundert aber wird die Sinnlichkeit noch mehr geschwächt und zwar infolge der Verinnerlichung und Vertiefung des Gefühls-erlebens, die sich mit dem Wachstum der Mystik ausbreitet. Die Mystik führt vom Irdischen zum Ueberirdischen. In ihrem Gesolge verliert auch die Kunst ihr Irdisches, sie wird überinnlich. Im Zeichen der Mystik ist die Kunst notwendigerweise abstrakt.

Die Wirkung der Mystik auf die Kunst setzte im Westen schon zur Zeit des heiligen Augustinus ein, der der erste war, der Gott nicht nur mit dem Verstande, sondern mit dem Herzen suchte. Diese Mystik wirkt ruhige Bescheidenheit, wie man sie an den Kunstwerken jener Zeit wiederfindet. Das menschliche Erleben erregt stärkeren Anteil am Göttlichen, die Mystik wird aktiver, leidenschaftlicher, und es wurde ihr zum Verhängnis, als im 12. Jahrhundert durch die Scholastik Bescheidenheit und Kühle älterer Auffassung zurückkehrten. Solange das Erkennen Gottes mehr galt als die Vereinigung mit Gott durch die Ekstase — übrigens eine Erscheinung, die in unseren Tagen wiederkehrt —, muß auch in der künstlerischen Erfassung Gottes Abstand vom Irdischen wahrnehmbar sein. Dem Menschen des früheren Mittelalters genügt die Geborgenheit im Bewußtsein der Tatsache der Erlösung. Die christliche Mystik hat in Deutschland allerdings erst im Zeitalter Seules und Taulers die Stufe ihrer größten Volkstümlichkeit erreicht; man würde aber das Geistesleben des frühen Mittelalters völlig verkennen, wenn man die Bedeutung in den früheren Jahrhunderten nicht gebührend schätzen wollte.

Zu der Zeit, da Friedrich II. ein weltliches Renaissance-Ideal zu realisieren trachtete, da das anthropozentrische Wesen, dessen Gestaltung nach jenem Ausdruck drängte, wie ihn die Hochgotik meisterlich darzustellen verstand, zum ersten Male wieder seit der Antike in der südlichen und nordischen Kunst Wurzel zu schlagen begann, ging ein neues Sehnen nach Entinnlichung durch die Welt, das sich alsbald stärker erwie als der Renaissancegebende. Da wird die Mystik zu jener Verjüngung, der alles Körperliche entrückt ist — der Mensch wird zum Gott, der Gott zum Menschen. Wir erleben in unserer Zeit eine ähnliche Metamorphose. In der Kunst prägt

sie sich ebenfalls aus. Sie ist mystisch-symbolisch, sie veranschaulicht Menschenfischal, Menschenrätsel, Menschenleben, zwar nicht mehr im mittelalterlichen Sinne, sondern modernisiert durch eine Ausdruckskraft, die eigentlich nichts anderes ist als — Expressionismus, allerdings im „guten“ Sinne des Wortes, d. h. man darf dabei nicht an seine Auswüchse denken! P. S.

### Das größte Denkmal der Erde.

Wo? — Die Amerikaner wollen es schaffen! Das Riesendenkmal soll unmittelbar aus dem Felsgestein des Stone Mountain bei Atlanta (Nordamerika) entstehen, zur Verherrlichung der südamerikanischen Konföderation (Staatenbund), dessen Mittelpunkt der im Jahre 1889 verstorbene Präsident Jefferson Davis bilden soll. Das Monument wird ihn inmitten seiner Generale darstellen. — Die Schwierigkeit liegt nur darin, daß es nicht möglich ist, ein solches Riesendenkmal nach Art der alten ägyptischen Baumeister ohne jedes Modell oder etwa nach dem Verfahren Thorwaldsens bei seinem sterbenden Löwen in Luzern unter Verwendung eines kleinen Modells unmittelbar aus dem Felsen herauszuarbeiten. So mußte man nach neuen zeitgemäßen Hilfsmitteln suchen, unter denen die Photographie das geeignetste erschien. Für diesen Zweck muß die gewaltigste Photographie angefertigt werden, die jemals da war, eine Photographie, auf der der Kopf des Präsidenten Davis allein eine Höhe von 27 Metern hat.

Die Berliner B.Z., der wir diese Mitteilung entnommen haben, berichtet, daß das photographische Bild direkt auf dem Felsen entstehen soll, so daß danach das Relief herausgearbeitet werden kann. Das Gestein ist bereits in den notwendigen Abmessungen geglättet worden. In einer Entfernung von etwa 250 Meter davor wurde ein gewaltiger Zementblock errichtet, auf dem sich der photographische Projektionsapparat befindet. Der Schöpfer des Denkmals, der amerikanische Bildhauer Borglum, benutzt, wie er selbst berichtet, die Nacht als Dunkelkammer.

Das Monument und natürlich auch die Photographie als Ersatz eines Modells soll nicht weniger als 230 Meter hoch sein und die ganze Felswand des genannten Berges ausfüllen. Die Breite wird nicht viel geringer sein. Wenn man nun bedenkt, daß der höchste Kirchturm der Welt, das Ulmer Münster, 161 Meter, die große Cheops-Pyramide 147 Meter und die großen Funkentürme zu Nauen 260 Meter hoch sind, dann kann man sich eine Vorstellung machen von dem Vorhaben des Bildhauers. Amerika ist bekanntlich schon immer das Land der unbegrenzten Möglichkeiten gewesen und sicherlich werden unsre Kollegen als Fachleute über die Ausführungsmodalität unaläubig den Kopf schütteln.

### Die StraÙe.

„In der Straßen GemüÙ, wo Gesicht auf Gesicht man erblickt beim eiligen Gehen ...“

Ich habe sie gern, die StraÙe! Warum? O, sie ist mir viel, sie bietet mir viel beim täglichen Gang nach und von der Arbeitsstätte. Vielleicht geht es andern Menschenkindern der Großstadt auch so wie mir. Der StraÙe GemüÙ ist mir ein Buch, worin immer wieder gelesen wird, dazu ein selten gutes Buch; immer lehrreich, immer anregend zum Denken. Es enthält harte Tatsachen, bittere Wahrheiten; erzählt von der Not der Zeit, von der Not der Menschen und von der — Verschwendung. Und alles so überzeugend! Oh ich nun durch eine StraÙe gehe, in der alles haftet und vorwärtsstrebt, sich schiebend, stoßend, jenen ausweichend, die schlendernd und gaffend das Vormärtskommen andrer erschweren; wo die Wagen rasseln, die Elektrische klingelt, Autos hupen, müde Droßkengäule klappern, oder ob ich in eine stille VorstadtstraÙe einbtege, wo Kinder spielen. In meinem Buche der StraÙe lese ich immer und könnte auch viel daraus erzählen. Keine Märchen!

Ernstes und Heiteres aus dem Leben, Solides und Schlußfriges, von Glück und Unglück; von harter Arbeit, wo der eine Karren Gaul ziehen muß für zwanzig andre, die zum Karrendienst zu faul ... Ich könnte erzählen vom angeborenen, ererbten und erworbenen Nichtstun, aber auch von solchem Nichtstuer, der dazu verurteilt ist und sehnsüchtig ausschaut, davon befreit zu werden. Erzählen könnte ich aus meinem Buche von Höflichkeit und Rücksichtslosigkeit, und von Mähkammern auf der StraÙe, solchen, die mitten auf dem sogenannten Bürgersteig gehen und, trotzdem sie nur einen Karren und einen Schirm tragen, die ganze StraÙebreite einnehmen; oder solchen, die sich treffen, stehen bleiben, alberne gleichgültige Begrüßungen austauschen und dabei den ganzen Verkehr hemmen. Die StraÙe, mein lehrreiches Buch, ist auch politisch! Sie ist das Grauen jeden Staatsmannes und honesten Bürgers, wenn die StraÙe linksradikal, dagegen heider Stolz ist, wenn sie entgegengesetzt sich betätigt.

So hat mein Buch, worin ich täglich mehrmals lese, worin jeder lesen kann, der will, viele Kapitel. Jedes ist abgeschlossen für sich und doch greift eins in andre. Menschenraub, Menschenlieb' und Menschenleid — Reichtum und Not, Arbeit und Nichtstun, sind die wichtigsten. So ist mein Buch der Widerchein der Zeit und Wirklichkeitsverhältnisse, es zeigt die grundlegenden und wichtigsten Faktoren im täglichen Geschehen. Mühte nur jeder drin lesen! Vielleicht erzähle ich ein andermal aus meinem Buche, das jedem zur Verfügung steht, doch leider von vielen nicht beachtet, viel weniger aufgeschlagen wird. S.

Eine Redeblüte. Gelegentlich einer Lohnverhandlung sagte ein Arbeiter bei Schilderung der traurigen Geschäftslage in der Steinindustrie: „Der Stillstand beweet sich fort-lauend.“

das Vorgehen des Hauptvorstandes gegen Kolle- gen, die in unverantwortlicher Weise aus partei- politischen Tendenzen heraus die Disziplin unter- graben und so den Verband in seiner Stöckkraft hemmen. Wir erwarten vom Vorstand, daß er sich durch feinerlei Mittel von seiner ungeheuren Ver- antwortung abbringen läßt und dafür sorgt, daß freie Disziplin und kollegiales Verhalten die Richtschnur in unserm Verbands bleibt."

### Die freigewerkschaftlichen Beamten in Reich und Glied mit der Arbeiter- und Angestelltenbewegung.

Ebenso wie vor nicht ganz zwei Jahren der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB.) und der Allgemeine freie Angestellten- bund (AfA-Bund) einen Vertrag abgeschlossen haben, der das Zu- sammenwirken dieser beiden Spitzenorganisationen regelt, ist jetzt am 27. März ein Organisationsvertrag dieser beiden Spitzen- verbände mit dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund und Kollegen geschlossen worden. Der Vertrag verpflichtet die genannten drei Spitzenverbände unter Anerkennung des Grundgesetzes der partei- politischen und religiösen Neutralität für sich und ihre an- geschlossenen Verbände, in allen gewerkschaftlichen, sozial- und wirt- schaftspolitischen Angelegenheiten, welche die Interessen der Ar- beiter, Angestellten und Beamten gemeinsam berühren, zusammen- zuwirken. In Fragen, bei denen es sich nur um Angelegenheiten einer Gruppe handelt, behält jede Spitzenorganisation ihre Selbstän- digkeit; in solchen jedoch, die in die Wirkungsgebiete der andern Gruppen eingreifen, ist eine Verständigung mit diesen erforderlich.

In dem Vertrage ist von besonderer Bedeutung die Betonung des Grundgesetzes, daß in der Wirtschaftspolitik die gemeinwirtschaft- lichen Interessen stets den privaten Einzelinteressen voranzustellen sind. Ferner verpflichten sich die Organisationen, jeder Ver- letzung der republikanischen Verfassung im Reich und in den Ländern mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten.

Die in diesem Vertrage für die zentrale Zusammenarbeit ge- troffenen Bestimmungen werden auf die örtliche und bezirkliche Zusammenarbeit sinngemäß angewandt. Die gleichen Industrie- und Fachgruppen der vertragschließenden Organisationen sollen ge- meinsame Gruppenausschüsse bilden.

Durch diesen Vertrag stellen die auf freigewerkschaftlichem Bo- den stehenden Beamten sich mit den dem ADGB. und dem AfA- Bund angehörenden Kopf- und Handarbeitern auf einen Boden und, wenn es sein muß, in eine gemeinsame Kampffront. Aus diesem Grunde ist der Vertrag zu begrüßen.

#### Organisationsvertrag zwischen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB.), dem Allgemeinen freien Angestelltenbund (AfA-Bund) und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund (ADB.).

Zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen und sozialen Interessen aller Arbeiter, Angestellten und Beamten und zur höchsten Steigerung ihrer organisatorischen Kraft und ihres Ein- flusses im Wirtschaftsleben vereinbaren die vorgenannten drei Spitzenverbände unter Anerkennung des Grundgesetzes der partei- politischen und religiösen Neutralität für sich und ihre angeschlossenen Verbände folgenden Organisationsvertrag.

§ 1. Die Organisationen vertreten den Grundgedanken, daß in der Wirt- schaftspolitik die gemeinwirtschaftlichen Interessen stets den privaten Einzelinteressen voranzustellen sind.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß der soziale Aufstieg der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten die Erhaltung der deutschen Republik zur Voraussetzung hat, verpflichten sich die unterzeichneten Organisationen, jeder Verletzung der republikanischen Verfassung im Reich und in den Ländern mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten.

Zur Förderung einheitlicher gewerkschaftlicher Aktionen der Arbeiter, Angestellten und Beamten aller Länder stellt sich auch der ADB. mit den beiden mitunterzeichneten Spitzenorganisationen auf den Boden des Internationalen Gewerkschaftsbundes (I.G.B.) (Amsterdam).

§ 2. Der ADGB., AfA-Bund und ADB. verpflichten sich als organisatorisch selbständige Spitzenverbände gegenseitig, in allen gewerkschaftlichen, sozial- und wirtschaftspolitischen Angelegenheiten, welche die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten ge- meinsam berühren, zusammenzuwirken.

In Fragen, die nur die Interessen einer Gruppe unmittelbar berühren, behält jede Spitzenorganisation ihre Selbständigkeit. Sofern jedoch Interessen der andern Gruppen beeinflusst werden könnten, soll jede Organisation, bevor sie ihre Maßnahmen ergreift, sich mit den beiden andern verständigen.

§ 3. Grundsätzlich wird der ADGB. als die gewerkschaftliche Spitzen- organisation der Arbeiter, der AfA-Bund als die der Angestellten- und der ADB. als die der Beamtenverbände anerkannt. Demgemäß sollen die Arbeiter in den dem ADGB., die Angestellten in den dem AfA-Bund und die Beamten in den dem ADB. angeschlossenen Ver- bänden organisiert werden.

Über notwendige Abweichungen von diesem Grundgedanken werden die unterzeichneten Vorstände sich untereinander und mit den be- teiligten angeschlossenen Verbänden verständigen, wobei geschicht- liche und organisatorische Eigentümlichkeiten berücksichtigt werden sollen, wie das bereits in der am 19. Dezember 1922 abgeschlossenen Vereinbarung zwischen dem ADGB. und den der früheren Gewerkschaftlichen Beamtenzentrale des ADGB. und AfA-Bundes an- geschlossenen Organisationen festgelegt ist.

Streitigkeiten, die nicht durch Verständigung beigelegt werden können, sind von Fall zu Fall durch ein gemeinsames Schiedsgericht zu entscheiden.

§ 4. Zum Zwecke des Zusammenwirkens zwischen ADGB., AfA-Bund und ADB. sind, wenn gemeinsame Fragen vorliegen, die Vorstands- und Ausschussitzungen und die Kongresse gegenseitig durch Dele- gationen, die mit beratender Stimme teilnehmen, zu beschicken. Erforderlichenfalls können Ausschussitzungen und Kongresse von Fall zu Fall gemeinsam veranstaltet werden. Für das Ver- tretungs- und Stimmrecht gelten die Satzungen des ADGB. sinngemäß.

§ 5. Die im § 4 für die zentrale Zusammenarbeit getroffenen Be- stimmungen finden auf die örtliche und bezirkliche Zusammenarbeit entsprechende Anwendung.

Die gleichen Industrie- und Fachgruppen der ADGB., AfA- und ADB.-Verbände sollen gemeinsame Gruppenausschüsse bilden.

§ 6. Der zwischen dem ADGB. und AfA-Bund am 12. April 1921 abgeschlossene Organisationsvertrag bleibt von den vorstehenden Ab- machungen unberührt.

Berlin, 27. März 1923.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund: Leipz. Angemeiner freier Angestelltenbund: Aufhäuser, Süß, Göhr. Allgemeiner Deutscher Beamtenbund: Falkenberg.

## Aus den Zahlstellen.

**Magen.** Ausgewiesen. Unser Verbandsangestellter im Bezirk Magen, der Kollege H. Schmidt, hat vom französischen Militärstiefel den üblichen brutalen Tritt erhalten, mit dem im besetzten Gebiet die Herrschaft über ein unbewaffnetes Volk aufrecht- erhalten wird. Der Kollege mußte innerhalb eines Tages, seine Familie in vier Tagen das Gebiet verlassen. Auch die Wohnung muß geräumt werden, denn der französische Gewaltdünkel nimmt sie in Beschlag. Die Möbel müssen verschwinden. Wohin? Darum kümmert sich der Militarismus oder vielmehr die Personen, die ihn verkörpern, nicht. Gewalt geht vor Recht. Die Bevölkerung hat zu gehorchen, darf keine abweichende Meinung über das entwür- digende Gewaltregiment äußern.

Auf dem Ausweisungsbefehl des Kollegen Schmidt heißt es zur „Begründung“:

„er erhält unter der Arbeiterschaft den Geist des Durchhaltens und gefährdet durch seine Anwesenheit die Autorität der Besatzungs- behörde.“

Allem Anscheine nach erfolgte die Ausweisung auf Grund einer Denunziation; denn fast jeder Mensch hat in seiner Umgebung ihm nicht wohlwollende Personen, und je kleiner deren Horizont ist, desto mehr besteht die Gefahr, daß Mißgunst zur direkten Lumperei aus- artet. Im Ruhr- und Rheingebiet, wo der französische und belgische Kommissärfel den Tritt ansetzt, blüht mehr wie anderswo der Weizen für gewissenlose Menschen, die man schlechthin als Lumpen bezeichnet. Mancher Arbeiter, Angestellter und Beamte ist bereits das Opfer von Angeberlei geworden. Doch es kommen noch andre Tage wieder, an denen mit jenen abgerechnet werden muß, die mit einer unbegreiflichen Kalküllosigkeit ihren Nebenmenschen ins Elend haben stoßen lassen. Der Kollege Schmidt und seine Fa- milie tröstet sich damit, daß es bereits über 20 000 andern Deutschen so ergangen ist und doch noch die Stunde kommt, wo sie ihr Heim wieder aufsuchen können, ohne Befürchtung, durch Lumperei und militärische Verfügung daraus wieder vertrieben zu werden.

**Ruhmannsfelden.** Unse am 22. April stattgefundenen Quartals- versammlung war sehr gut besucht, ein Zeichen, daß die Kollegen den Ernst der Lage erfaßt haben. Nachdem der Kassenbericht vor- getragen war, erstattete der Vorsitzende Bericht über die Konferenz in Passau und über die von den niederbayerischen Unternehmern ge- schaffene Lage. Hier in Ruhmannsfelden ist es speziell die Firma S. C. E. r t mit ihrem so überaus eifrigen Betriebsleiter Herrn Karl Schneider, die sich nicht genug darin tun kann, die Arbeiter auf alle nur erdenkliche Art zu drücken. Auf welche Weise dies geschieht, ist sehr bezeichnend für den Charakter dieses Herrn Betriebsleiters. Wenn es gilt, das Los der Arbeiter zu verschlechtern, wird nichts verschmäht. Seit Monaten hatten die Kollegen dieser Firma vergebens auf bessere Bezahlung, wie sie der bayerische Harzstein- industrieverband seit 1. März und früher schon gemährt. Auf den Schiedspruch des Landeseinigungsamts München, der den Kollegen daselbe zusprach, antwortete dieser Herr mit Verkürzung der Arbeitszeit auf drei Tage. Die Herren vom Nieder- bayerischen Verband, dessen Vorsitzender Herr Schneider ja ist, haben einfach so beschloffen, ob die unbedingte Notwendigkeit dazu vorlag, muß man bezweifeln. Unterseits wurde Verbindlichkeitsklärung beim Reichsarbeitsministerium beantragt, die auch in kurzer Zeit erfolgte. Wer glaube, die Sache hätte nun ihr Ende, der hatte sich getäuscht; die Unternehmer antworteten darauf mit Ausperrung. Die Handlungsweise des Herrn Schneider er- fährt eine besondere Beleuchtung, weil er sich bemühte, den Kol- legen den Eintritt in andre lohnendere Arbeits- stellen unmöglich zu machen. Weder Kosten noch Mühe wurden gespart, um das zu erreichen. Die Kollegen sollten ge- zwungen werden, bei der Firma zu hungern. Es sei bemerkt, daß die Firma den Betriebsräten dauernd von schlechtem Geschäftsgang vor- jammerte, was ja schließlich der Fall sein mag, aber warum sperzt sie ihre Leute aus und vermerkt sogar noch auf den Abfahrtschein „Ausgesperrt wegen Lohnminderungen“? Hätte sie doch richtiger den Betrieb wegen Auftragsmangel schließen können und das auf den Abfahrtschein vermerken, aber man darf doch nicht, da hätten ja die Arbeiter Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung! Durch Hunger sollen die Kollegen zu Kreuzen kriechen und für jeden Schundlohn — so denkt wahrscheinlich diese Firma — arbeiten. Sonderbare Kampfmethoden, sie machen dem Geschäft und dem Betriebsleiter, Herrn Schneider, alle Ehre. Dieser Herr kann es schon aushalten, wenn auch „in Steinen“ mal nichts geht, man macht ja auch in Mehl, Reis, Zucker und was weiß ich, was noch alles, und das sind doch heutzutage recht lohnende Artikel, man braucht deshalb noch lange kein Schieber zu sein. Den Niederbayerischen Verband kann man nur beglückwünschen zu seinem Vorsitzenden. Vorsitzender und Mitglieder sind vom Lohn a h a u f i m e l befallen. Die Kol- legen des bayerischen Verbandes, soweit sie bei Firmen des Verbandes niederbayerischer Granitindustrieller beschäftigt waren, mögen aus den schlimmen Erfahrungen, die sie gemacht haben, ihre Lehre ziehen. Ihr Kollegen aber von Ruhmannsfelden, laßt euch von einem Herrn Schneider nicht wieder ein- seifen, um bei nächster Gelegenheit wieder auf der Straße zu liegen.

**Albersweiler.** Ende Februar fand in der Wirtschaft von Joh. Nagle unsere Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende der beiden verstorbenen Kol- legen Beiersdorfer und Grünwald; sie wurden in der üblichen Weise geehrt. Zugleich dankte der Vorsitzende den Kollegen und Angestellten im Namen der Familien für die freiwilligen Gaben und gab bekannt, daß den beiden Familien der Betrag von 88 643 Mk. ausgehändigt wurde. Im ersten Punkt der Tages- ordnung schloß der Vorsitzende die letzte Lohnverhandlung. Es setzte eine lebhafte Debatte ein, weil die Herren Unternehmer fort- während versuchen, die Lohnverhandlungen recht lange hinaus- zuschieben und wir unsere Lohnzulage erst am Ende eines Monats erhalten, was in der heutigen Zeit schwere Folgen für unsre Kol- legen mit sich bringt. Die Kollegen sind der Ansicht, daß vom Zen- tralvorstand unter allen Umständen Schritte unternommen werden müssen, damit die Verhandlungen in den ersten Tagen des Monats zum Abschluß gebracht werden müssen. Damit könnte die Erhit- terung gegen die Unternehmer heiligt werden. Im Punkt 2 gab der Kassierer den Kassenbericht bekannt, worauf ihm Entlastung erteilt wurde. Zur Neuwahl setzte eine lebhafte Diskussion ein, der Vorsitzende und Kassierer erklärten, unter keinen Umständen ihr Amt weiterzuführen. Der Grund dazu war, daß es auch bei uns wie allerwärts Kollegen gibt, denen die Führer nicht radikal genug sind, obwohl die Kritiker bei ihren innegehabten Funktionen Ge- legenheit hatten, den Radikalismus zu zeigen, doch dabei gänzlich versagten zum Schaden der ganzen Belegschaft. Nachdem die Ver- sammlung, die Kritiker waren nicht anwesend, den Führern ein- stimmig das Vertrauen aussprachen, erklärten Vorsitzende und Kassierer, in ihrer Tätigkeit zu bleiben. Als letzter Punkt kam die Beitragsfrage, worin sich die Kollegen mit dem statutarischen Beitrag einverstanden erklärten. Am Schluß setzte noch eine leb- hafte Debatte ein über die Lohnperioden, wobei dem Betriebsrat zur Pflicht gemacht wird, bei der Firma auf die allwöchentliche Lohnzahlung hinzuwirken. Damit hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

**Wirtschaftliche und soziale Wochenchau.** Die Wirkungen der jüngsten Steigerung der Devisenkurse zeigen sich bereits auf allen Gebieten der Wirtschaft. Waren- und Lebensmittelpreise stehen wieder kräftig an, und damit schwindet auch die Hoffnung auf eine Besserung der Gesamtwirtschaft. Die arbeitende Bevölkerung gerät durch diese neue Bewegung wieder in stärkere Bedrängnis, zumal in den meisten Gewerben die Arbeits- losigkeit noch steigende Tendenz zeigt. Nach langen und schwierigen

Verhandlungen ist in diesen Tagen eine Erhöhung der Bergarbeiter- löhne erfolgt, deren Auswirkungen auf die Kohlenpreise und den übrigen Warenmarkt von großer prinzipieller Bedeutung sind. Die kürzlich vorgenommene Ermäßigung der Kohlenpreise wird sich bei fortschreitender Marktentwertung kaum aufrechterhalten lassen, und wohl eher in das Gegenteil umschlagen. Der wirtschaftliche Er- folg der mit großem Aufwand von der Reichsbank für einige Wochen durchgeführten Marktstabilisierung, ist in Frage gestellt. Von den großen politischen Entscheidungen der nächsten Tage hängt alles weitere ab. Wie stark die Kräfte der Reichsbank durch die Inter- vention am Devisenmarkt geschwächt sind, ergibt sich aus der Tat- sache, daß sie ihre Goldreserven nach dem Auslande fortsetzt und ihre Golddepots bei fremden Banken bereits in Höhe von 85 Millionen Goldmark belassen lassen. Das Devisennotgesetz bietet keinerlei Garantien für eine Erleichterung der Situation. Die all- gemeine politische und wirtschaftliche Lage wirkt einer Marktstabi- lisierung so stark entgegen, daß die Reichsbank kaum noch Aussicht auf nennenswerte Erfolge hat. Das Industriekapital schließt sich in Er- wartung neuer Krisenstürme enger zusammen. Die Einbeziehung großer oberflächlicher Werke, wie der Bismarckhütte und der Ratto- witzer Bergbau AG., in den Konzern der Rhein-Elbe-Union ist das neueste große Ereignis auf dem Gebiete der Konzentrations- bewegung.

Weitere Zusammenstöße werden folgen. Die Arbeiterschaft ist der Wucht der Wirtschaftskrise nach wie vor preisgegeben. Wohl zeigte sich Ende April in verschiedenen Branchen, z. B. in der Holz- industrie, bei den Zuteilpinnereien und einzelnen Betrieben der Metallindustrie ein etwas regerer Eingang von Aufträgen, doch bleibt die Gesamtlage des Arbeitsmarktes nach wie vor eine sehr ungunstige. Das zeigt sich vorläufig noch verhältnismäßig wenig in der Zunahme der Vollerwerbslosen, da man allenthalben versucht, durch Arbeitsverdrängung und Einführung von Kurzarbeit Entlassungen zu vermeiden. Tatsache ist jedenfalls, daß das wirkliche Arbeitslos- kommen der breiten Volksschichten in starkem Rückgang begriffen ist, während die Feuerung unaufhaltsam steigt. Die Hoffnung, daß diese Krise den Uebergang zu geordneten Wirtschaftsverhältnissen bildet, muß vorläufig aufgegeben werden, da die erste Voraussetzung einer Gesundung, die Wiederherstellung geordneter Währungsverhältnisse, wieder in weite Fernen gerückt ist. Die Notlage der deutschen Wirt- schaft wird im In- und Auslande anscheinend in ihrer ganzen Be- deutung noch nicht richtig gewürdigt. Andersfalls müßten die Leiter der Weltpolitik dieser Frage ein viel größeres Interesse und Ver- ständnis entgegenbringen. Die Verelendung des deutschen Volkes birgt die größten Gefahren für den sozialen Frieden im Inlande und für die Weltpolitik in sich. Es ist zu hoffen, daß diese Erkennt- nis sich auch im Auslande stärker verbreitet. Denn ohne tatkräftige Mitwirkung des Auslandes ist bei dem heutigen Stande der Dinge an eine Rettung der deutschen Wirtschaft vor völligem Verfall kaum noch zu denken.

## Rundschau.

**Aus der Steinindustrie.** Die Oberkirchner Sand- steinbrüche Akt.-Ges. haben im verfloffenen Geschäftsjahr ein recht gutes Geschäft gemacht, denn nach einer Zeitungsnachricht in den Bremer Nachrichten hat der Aufsichtsrat beschlossen, der zu Ende April einberufenen Generalversammlung eine Divi- dende von — 400 Prozent (im Vorjahre 25 Proz.) vorzuschlagen. Außerdem soll das Aktienkapital um 1,75 Mill. Mk. erhöht werden, von denen 250 Aktien an die Regierung des Staates Schaum- burg-ippe zu liefern sind für die Abtretung einer Abbaugerech- tigkeit, während der Rest den Aktionären im Verhältnis von drei neuen auf zwei alte Aktien angeboten werden soll.

Die Aktionäre werden gewiß geschmunzelt haben zu diesem Vorschlag des Aufsichtsrats. Es ist uns augenblicklich kein Unter- nehmen in der deutschen Natursteinindustrie bekannt, das solche Gewinne zu verteilen je in der Lage gewesen wäre. Wir können gewiß jedem einen entsprechenden Gewinn, nur wenn er so mühe- los den Aktienbesitzern erteilt wird, das warm. Denn eine Aktie erwerben ist mühselig, ist keine Arbeitsleistung, durchaus nicht zu vergleichen mit der Tätigkeit der Brucharbeiter und der Schwind- lichtsarbeit der Steinmehlen, besonders bei der Bearbeitung des Oberkirchner Sandsteins.

Das Aufreizendste ist nun, daß die Oberkirchner Sandstein- brüche Akt.-Ges. den Lohn — abbauen wollen. Die Bruch- arbeiter bekommen seit 1. März 1450 Mk. und die Steinmehlen 1730 Mk. Stundenlohn. Diese Löhne stehen durchaus in keinem Verhältnis zu dem Aktionärgewinn und statt nun diese den 400 Prozent anzupassen, hat der Direktor der Gesellschaft den Bruch- arbeiter 200 Mk. pro Stunde abgezogen und will nun auch den Steinmehlern um 150 Mk. pro Stunde kürzen. Das ist so die richtige Maxime; erst haben unsre Kollegen alle Kräfte anspannen müssen, damit 400 Prozent verteilt werden können; ihr Lohn war gewiß eine Kleinigkeit besser wie in andern Betrieben. Nun aber ist das Geschäftsjahr abgeschlossen; die Aktionäre haben ihren mühe- losen Gewinn längst weg; die Aufträge drängen nicht mehr und nun glaubt der führende Herr Direktor in der Firma den Lohn abbauen zu können. Es ist sicher die Sorge um die Prozent- sätze des laufenden Jahres; die Sache hätte sich zweifellos anders aufziehen lassen, wenn statt 400 Prozent weniger zur Verteilung gelangt wäre.

Unsre Kollegen sind nicht gewillt, den Abzug in Kauf zu nehmen, sie werden sich dagegen wehren mit der Fähigkeit und Härte, die dem Oberkirchner Sandstein eigen ist.

**Gewerkschaftliches.** Haltet den Zugang ins Rhein- und Ruhrgebiet fern! Man sollte es nicht für möglich halten, daß es deutsche Arbeiter gibt, die ihren kämpfenden Klassengenossen im Ruhrgebiet dadurch in den Rücken fallen, daß sie in dieser Zeit dahinfliehen, um dort Arbeit zu suchen. Es ist sogar vorgekommen, daß solche Arbeiter „Franzosenjüge“ be- nutzt haben, d. h. solche Eisenbahnzüge, die von Franzosen gefahren werden. Bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge ist der dortige Arbeitsmarkt gar nicht in der Lage, diese Arbeiter aufzunehmen. Auch haben sie wegen ihrer erst jetzt erfolgten Einreise kein Recht, dort Unterstützungen zu erhalten und stehen dann mittellos da, wo- durch natürlich die Gefahr entsteht, daß sie sich den Franzosen zur Arbeit anbieten.

Aus diesen Gründen ist jeglicher Zugang von Arbeitern ins Rhein- und Ruhrgebiet streng fernzuhalten.

Der Bergarbeiterverband gegen die französi- schen Pläne. Der Gesamtvorstand und Kontrollauschuß des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands nahmen in einer am 29. April in Bochum abgehaltenen gemeinschaftlichen Sitzung zu der Forderung Frankreichs, zuerst den passiven Widerstand im Ruhrgebiet aufzugeben und dann in Verhandlungen einzutreten, Stellung und stimmten folgender Entschließung einstimmig zu:

„Gesamtvorstand und Kontrollauschuß des Verbandes der Berg- arbeiter Deutschlands bringen erneut die Entschlossenheit zum Aus- druck, den passiven Widerstand gegen den französisch-belgischen Ein- bruch in das Ruhrgebiet solange fortzusetzen, bis eine Verständigung zwischen Deutschland und den Okkupationsmächten erzielt ist. Von der deutschen Regierung wird verlangt, daß sie alles tut, um die Verständigung zu ermöglichen und zu erleichtern.“

Mit derselben Entschlossenheit aber, mit der der Verband der Bergarbeiter Deutschlands für Verhandlungen und Verständigungen eintritt, muß er die in einem Teile der französischen Presse erhobene Forderung zurückweisen, nach der an Verhandlungen nicht gedacht werden kann, solange der passive Widerstand nicht eingestellt ist. Es ist ausgeschlossen, daß der passive Widerstand eingestellt wird, bevor nicht eine Verständigung erzielt ist; dergleichen muß die volle Frei- heit der von den Okkupationsmächten Verhafteten, Verurteilten und Ausgewiesenen gewährleistet sein.“

Die Gewerkschaften im altbesetzten Gebiet zur Ruhe. In Köln fand am 23. April eine Konferenz der Gauleiter und Ortsausschüsse des altbesetzten Gebietes statt. Graßmann-Berlin, der Vertreter des Vorstandes vom ADGB, schilderte die Tätigkeit des letzteren zugunsten der Bevölkerung im alt- und neubesetzten Gebiet. Bezirksleiter Meyer-Düsseldorf ging besonders auf die Erwerbslosenunterstützung ein. In der Aussprache wurde die Tätigkeit des Bundesvorstandes und der Bezirksleitung allgemein anerkannt, so daß Graßmann in seinem Schlußwort feststellen konnte, daß er in der letzten Zeit wenig Konferenzen besucht habe, wo eine solche Einmütigkeit über die zu unternehmenden Schritte vorhanden war. Folgende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen:

„Die Konferenz befandt erneut den Willen, den Abwehrkampf mit den Mitteln des passiven Widerstands fortzusetzen, bis eine Verständigung über die zukünftigen Reparationsleistungen Deutschlands erzielt ist. Im Interesse aller Beteiligten liegt eine halbjährige Verständigung, denn je länger der Kampf dauert, um so tiefer sind die Wunden, die auf beiden Seiten zu verzeichnen sind. Die Konferenz ist der Ansicht, daß Prestige Gründe bei so wichtigen Volksinteressen den Kampf auch nicht einen Tag verlängern dürfen. Da die rheinisch-westfälische Bevölkerung bisher gezeigt hat, daß der Abwehrkampf in voller Entschlossenheit geführt wurde und Anzeichen des Nachlassens dieses Kampfes nicht bemerkbar sind, kann es nicht als Zeichen der Schwäche angesehen werden, wenn von der deutschen Regierung ein festumrissener Vorschlag zur friedlichen Erledigung der Streitfragen auf dem Wege gleichberechtigter Verhandlungen gemacht wird. Die Konferenz erwartet von der Reichsregierung einen solchen Vorschlag.“

Die Arbeiterchaft ist bereit, ihren Anteil an Reparationskosten zu tragen. Sie fordert von den besitzenden Klassen daselbe. Unerlässlich ist, daß besonders die tragfähigen Schultern in Handel und Industrie mit den übrigen Volksteilen Sicherheiten und Garantien für Erfüllung der nicht durch Diktat, sondern auf dem Wege der Verständigung festzulegenden Bedingungen übernehmen.

Die Konferenz stellt aber ausdrücklich fest, daß eine Erfüllung der durch Verständigung festgesetzten Reparationsleistungen nur möglich ist, wenn die deutsche Republik im uneingeschränkten Besitz der Kraftquellen an der Ruhr bleibt. So wie die Funktorkonferenz des ADGB für das Ruhrgebiet als nächstes Ziel aller Verhandlungen die Räumung des Ruhrgebietes bezeichnet hat, so erklärt heute die Konferenz für das altbesetzte Gebiet der Rheinprovinz, daß eine Aussprache und Verhandlung darüber, in der Rheinprovinz eine andere Regelung der staatlichen Hoheitsverhältnisse, als es im Versailler Friedensvertrag vorgesehen ist, nicht in Frage kommen darf. Das einzige, worüber gesprochen werden kann, wäre, daß zur Kostenersparnis oder aus anderen Gründen eine frühere Räumung des Gebietes vorgenommen wird. Die Gewerkschaften wissen sich eins mit der rheinischen Bevölkerung in der entschiedenen Abwehr aller Bestrebungen, aus dem Rheinland einen Pufferstaat in irgendeiner Form zu machen oder es der Verwaltung des Völkerbundes zu unterstellen, oder eine sonstige Regelung zu treffen, die nicht dem eigenen Willen der Bevölkerung entspricht.“

Soziales. Der Reichstag erhob auf Anregung der Sozialdemokraten am 5. Mai folgendes zum einstimmigen Beschluß: „Die Reichsregierung zu eruchen, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, daß Arbeiter, die infolge von Betriebsgefahren erkranken (Berufskrankheiten), nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung über die Unfallversicherung entschädigt werden.“

Neue Unterstützungssätze für Erwerbslose. Die Regierung hat nunmehr die Unterstützungssätze für Erwerbslose erhöht, rückwirkend vom 16. April. Der Unterstützungssatz für männliche Personen über 21 Jahre in Klasse A, der bisher 1500 Mk. den Tag betrug, ist auf 2400 Mk. gebracht, entsprechend sind auch die übrigen Sätze gesteigert worden. Eine mindere Steigerung sehen die Zuschüsse für Ehegatten und Kinder vor; letztere sind um 150 Mk., letztere um 100 Mk. täglich gestiegen. Dadurch werden die Unterschiede zwischen Verheirateten und Ledigen etwas gemildert.

Die täglichen Sätze betragen vom 16. April an:

	Driftklasse			
	A	B	C	D
1. Männer über 21 Jahre mit eigenem Haushalt	2400	2250	2100	1950
ohne eigenen Haushalt unter 21 Jahren	2100	1950	1800	1650
1450	1350	1150	1150	
2. weibliche Personen über 21 Jahre mit eigenem Haushalt	2100	1950	1800	1650
ohne eigenen Haushalt unter 21 Jahren	1750	1650	1550	1450
1300	1200	1100	1000	
3. Zuschuß für Ehegatten	850	800	750	700
Zuschuß für Kinder und sonstige unterhaltsberechtignte Angehörige	700	650	600	550

Beispiele: Die wöchentliche Unterstützung beträgt demnach für ein Ehepaar . . . . . 19500 18300 17100 15900 Ehepaar mit 1 Kind . . . . . 23700 22200 20700 19200 Ehepaar mit 2 Kindern . . . . . 27900 25100 24300 22500

Ueber die vorgenannten Sätze dürfen die Gemeinden nicht hinausgehen, jedoch ist bei besonderen Anlässen im Wege der sonstigen Fürsorge eine Erhöhung örtlich oder bezirklich möglich. Die Wartzeit beträgt eine Woche.

Das Reichsarbeitsministerium hat den Reichswirtschaftsrat um ein Gutachten ersucht über ein Schlüsselverfahren zur Festsetzung der Erwerbslosenunterstützung. Also eine automatische Anpassung am Steigen oder „Fallen“ der Lebenshaltungskosten. Diese Anregung ist bereits seit längerer Zeit aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erfolgt. Eine Lösung dieser Gleitung liegt im dringenden Interesse der Erwerbslosen.

Für die Kurzarbeiter, zu denen auch eine Anzahl unserer Verbandsmitglieder zählen, gelten besondere Vorschriften. Danach haben sie zunächst keine Wartzeit zu bestehen. Erreichen in einer Kalenderwoche oder Kalenderdoppelwoche Arbeitnehmer infolge vorübergehender Einstellung oder Beschränkung der Arbeit die in ihrer Arbeitsstätte ohne Überarbeit übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht und treten deswegen Lohnföhrungen ein, so erhalten sie, sofern 50 Prozent des Wochenarbeitsverdienstes (Doppelwochenarbeitsverdienstes) das Anderthalbfache des Unterstühtungsbeitrages bei gänzlicher Erwerbslosigkeit nicht erreichen, Erwerbslosenunterstützung in Höhe des fehlenden Betrages, jedoch an Arbeitsverdienst und Erwerbslosenunterstützung zusammen nicht mehr als den Betrag des bisherigen Arbeitsverdienstes bei voller Arbeitszeit.

Aus dem Wortlaut der Vorschriften ergibt sich, daß jeder, der über 16 Jahre alt ist und wegen Kurzarbeit Lohnföhrungen erlitten hat, anspruchsberechtigt ist. Beim Uebergang von Kurzarbeit in völlige Arbeitslosigkeit ist eine neue Wartzeit nicht mehr zu erfüllen. Den Kurzarbeitern gegenüber ist keinerlei Anrechnung der Verdienste der Angehörigen oder des Vermögens zulässig, nur der eigne Arbeitsverdienst wird aufgerechnet. Die Bezugsdauer der Kurzarbeiterunterstützung ist nach § 9a Absatz 4 völlig unbeschränkt.

Die Arbeitgeber sind verpflichtet, über den Arbeitsverdienst Auskunft zu geben und auf Verlangen der Gemeinde oder Gemeindevorstände die Errechnung und die Auszahlung der Kurzarbeiterunterstützung kostenlos zu besorgen.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Ausschluß! Auf Antrag der Zahlstelle Lauterode wurde das bisherige Mitglied Adam Heil wegen Schädigung der Verbandsinteressen aus dem Verbandsausgeschlossen.

Folgende Zahlstellen haben bis zum 8. Mai die Abrechnungen des 1. Quartals noch nicht eingesandt:

1. Gau: Greifswald, Prenslau.
2. Gau: Arnsdorf, Girschsdorf, Landek, See, Wüstegiersdorf.
3. Gau: Beerwäldermühle, Froburg, Jöblich.
4. Gau: Cassel, Ebershausen, Hardegen, Holenberg, Minden, Mosheim, Reiffenhallen, Rühle, Rütten, Warstein.
5. Gau: Gummersbach, Hoffeld, Litz, Westhofen.
6. Gau: Contwig, Gumbweiler, Hammelbach, Immendingen, Kappelrodt, Lütchenbach, Mühlbach/Glan, Pforzheim, Schweisweiler.
7. Gau: Eberhardtsreuth, Hauzenberg, Kronach, Köhrnbach.
8. Gau: Augsburg, Bamberg, Lichtenfels, Mühren, Weihenburg, Zapfendorf.
9. Gau: Balduinstein, Burgschwalbach, Dreihausen, Driedorf, Enspel, Gr.-Steinheim, Geilnau, Hölzenhausen, Langenau, Londorf, Maylain, Monzingen, Odenheim, Offenbach.
10. Gau: Bedheim, Gommern, Greiz, Seeburgen.

## Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Seebach. Die Pflastersteinhauer Joseph Mez und Joseph Bloß werden ersucht, ihre Adresse an mich einzulenden. Anton Rothmeier, Vorsitzender.

Bürgstadt. Allen Kollegen des Bezirkes Untermain, die mich während meiner langen Krankheit unterstützten, meinen herzlichsten Dank. Wilhelm Mai.

Kelheim. Um den Versammlungsbefuch zu heben, haben die Kollegen der Zahlstelle beschlossen:

1. Monatsversammlungen finden nur bei wichtigen Vorkommnissen statt.
2. Jeder Kollege ist verpflichtet, die Quartalsversammlungen zu besuchen. Als Entschuldigung gilt nur Krankheit.
3. Versammlungsschwänzer bekommen bei Krankheit, sonstiger Erwerbslosigkeit, Streiks usw. keine örtliche Unterstützung. J. A. J. o b s t, Vorsitzender.

## Adressenänderungen.

1. Gau. Bremen. Kass.: Dietrich Göhre, Vagantörnerstr. 9. Lübeck. Kass.: L. Wagenfeiler, Pökerstr. 30, I.

2. Gau. Seitenberg, Grafschaft Glas. Vorl.: Josef Katschitz, Kass.: Josef Franke. Wenig-Katwih. Vorl.: Gustav Martin, Groß-Waldig.

7. Gau. Aunkirchen. Vorl.: Franz Anhuber, Sollaß, P. Aunkirchen. Ebnstetten. Vorl.: Lubwig Erl, Eben, Post Ebnstetten. Schwegen. Kass.: Alois Dorfner. Steinwiesen. Kass.: Max Hopf, Nr. 42.

8. Gau. Groß-Seubach. Vorl.: Franz Wolf.

9. Gau. Willmenrod. Vorl.: Karl Schneider, Kass.: Otto Wengenroth. Gershausen, Post Welterburg. Vorl.: Walter Helwig, Kass.: Lubwig Merzmann.

10. Gau. Kömhild. Kass.: Wilh. Feibel, Nr. 199.

## Neue Bücher, Zeitschriften.

Dr. Davids bekanntes Werk: „Sozialismus und Landwirtschaft“ liegt in zweiter, umgearbeiteter und vervollständigter Auflage vor. Verlag Quelle u. Meyer in Leipzig. — Das inhaltreiche stattliche Buch umfaßt über 700 Seiten. Es will, kurz gesagt, eine Wegweisung geben, um die landwirtschaftliche Produktionsaufgabe tatkräftig anzufassen, natürlich mit praktischer sozialistischer Einstellung. Das Agrarproblem wurde und wird noch heute in der sozialistischen Anhängerchaft, ihren Politikern und Theoretikern, heiß umstritten; aus diesem heraus hat Dr. David schon vor zwanzig Jahren die erste Auflage des Buches herausgegeben, es hat damals sicherlich schon vielen Suchenden auf diesem Gebiet eine wertvolle theoretische und praktische Wissensbereicherung gegeben. Von der vorliegenden vervollständigten, neuen Auflage kann das in einem viel höheren Maße erwartet werden. Die Staatsumwälzung und die verschiedenen Experimente, die Lebensnot des deutschen Volkes und ihre Ursachen, die größere Beachtung der landwirtschaftlichen Produktion und ihre grundlegende Bedeutung für die Volkswirtschaft, haben dem Verfasser die Neuaufgabe in vervollständigter Form nahegelegt und zur Ausführung reifen lassen. Ueberflüssig und erschöpfend ist der Stoff gemeistert, und wer von unsern Lesern wirklichen Wert darauf legt, in der Agrarfrage von einem Sachverständigen vom Standpunkt des praktischen Sozialismus unterrichtet zu werden, der sollte es ermöglichen, sich das neue Werk Dr. Davids zu verschaffen. Gewiß sind solche Bücher teuer im Vergleich zum Lohn, aber es ist keins von jenen, die mit großem Pomp angefertigt werden und doch nur sozusagen Eintagsfliegen bleiben. Es ist ein Werk, in dem aufrichtige sozialistische Ueberzeugung, Gemeinwohl, Lebenserfahrung und politische Lebensjahre verarbeitet sind, und die aus jedem Kapitel in leicht faßlicher und verständlicher Weise zu uns sprechen.

Gerhart Lütkens: „Deutschlands Außenpolitik und das Weltkaatensystem“ (J. S. W. Dieck Nachf. G. m. b. H. Berlin SW. 68.) Lütkens zeichnet mit festen Strichen den Untergang des deutschen Verfassungswertes von 1848 bis 1849 und die Einigung Klein-Deutschlands durch die Blut- und Eisenpolitik Bismarcks. Er stellt dann kurz fest, daß der dem deutschen Bürgertum aufgezogene Verzicht auf eine wirkliche Gestaltung der deutschen Innen- und Außenpolitik die verhängnisvollsten Folgen für Deutschland hatte. Eine militärische und zivile Verwaltungsbureaokratie nahm dem politisch verkümmerten Bürgertum das Regieren ab. Die Grundgedanken, Methoden und Voraussetzungen der Bismarckschen Außenpolitik werden von Lütkens lichtvoll dargelegt. Daran schließt sich eine lebendige Schilderung der wilhelminischen Monarchenpolitik, die alle Möglichkeiten für einen großzügigen weltpolitischen Aufstieg im Verein mit führenden europäischen Kulturstaaten verpaßte und schließlich das Reich völlig isolierte. Das Buch schließt mit einer kritischen Würdigung der „Friedensverträge“ und des „Völkerbundes“. Auf einer Zeittafel läßt der Verfasser die ungeheure wirtschaftliche und politische Entwicklung des letzten halben Jahrhunderts dramatisch abrollen.

Wolff Braun: Die Arbeiterinnen und die Gewerkschaften. Zweite umgearbeitete und ergänzte Auflage 1923. J. S. W. Dieck Nachf. G. m. b. H. Berlin. Grundzahl 0,50. Als Dr. Braun vor dem Ausbruch des Weltkrieges seine Schrift: „Die Arbeiterinnen und die Gewerkschaften“ verfaßte, hatten sich den gewerkschaftlichen Organisationen 230 347 Frauen angeschlossen. 1921 musterten die Gewerkschaften 1518 341 Frauen. Diese Ziffer wirkt ermutigend und zugleich anspornend auf alle Genossen und Genossinnen, die sich der Agitation unter den Arbeiterinnen widmen. Sie werden auch die

Neuherausgabe der Braunschen Schrift hochwillkommen heißen, da sie sich vorzüglich für die Propaganda des Gewerkschaftsgedankens in der weiblichen Arbeiterchaft eignet.

„Kapitalismus und Sozialismus“ nach neumarxistischer Orientierung. Von Eugen Diehgen. 1923. J. S. W. Dieck Nachf. G. m. b. H. Berlin SW. 68. (Grundzahl 0,20). Eugen Diehgen tritt in dem Schriftchen für eine gründliche Revision des „Ullmarxismus“ ein und wendet sich namentlich scharf gegen die im „Marxismus“ „Kapital“ ausgeprochene Verelendungs- und Katastrophentheorie. Er legt die wirtschaftlichen Funktionen des kapitalistischen Unternehmertums dar und tritt schließlich für einen „Gemeinschaftskapitalismus“ ein, den er für die erste und bereits machtvoll anbrechende Phase des Sozialismus betrachtet. In dem Diehgenschen Schriftchen regt sich ein „Neumarxismus“, der da und dort lebhafteste Zustimmung, aber auch heftigen Widerspruch finden wird.

Arbeitsrecht und Bodenrecht. Eine Mahnung an Gewerkschaften und Parteien von Heinz Potthoff, München. 48 Seiten. Verlags-Gesellschaft des ADGB. m. b. H., Berlin SO. 16. Grundpreis: 2,20 Mark. Schlüsselzahl April 1923: 900.

Alle die mit der Bodenreform zusammenhängenden Fragen finden in dem Buche eine gedrängte, aber sehr instruktive Behandlung. Potthoff sieht in der Grundrente nicht nur die Quelle zu ergiebigen, sondern auch unschädlichen Staatseinnahmen. Auf die Grundrente könne die Steuer nicht abgewälzt werden. Niedrighaltung der Grundrente ist ihm auch Voraussetzung zur Förderung der Kleinfehlung.

Potthoff faßt seine Darlegungen in folgende drei Ziele zusammen:

1. Verhinderung der Umwertung des Bodens von Goldmark auf Papiermark;
2. möglichst vollständige Zuführung der trotzdem vorhandenen und neuentstehenden Grundrente an die Gemeinschaft;
3. Verhütung der Anhäufung von Grundbesitz in einzelnen Händen.

Die wichtigsten Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele sind: sehr hohe Grundsteuer, sehr hohe Wertzuwachssteuer, weitgehendes Recht von Staat und Gemeinde zum Ankauf alles zur Veräußerung kommenden Bodens zum Steuerwert, Uenderung des Grundkreditrechtes, die den ewigen Vorrang der ersten Hypothek beseitigt und den gesamten Grundkredit in die öffentliche Hand bringt.

Niemand, der dies Büchlein gelesen hat, wird es ohne Belehrung und reiche Anregung aus der Hand legen.

## Briefkasten.

Körbör, Christ. M. II. Unsere Beschwerde bei der Ortskasse brachte keinen Erfolg. Nach Feststellung der D.-K. vollzog sich die Ausschreibung aus der Beschäftigung nicht wegen Erwerbslosigkeit (§ 214 A.D.). In diesen Fällen hat die D.-K. das Recht, die Kostenübernahme abzulehnen.

## Anzeigen

### Bücher - Vorzugsangebot.

Verlags-Gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin SO 16, Engelauer 24. Handbücher für Betriebsräte, die in keiner Betriebs-Bücherei fehlen sollten.

- |  |  |
|--|--|
| 1. Kommentar zum Betriebsrätegesetz. Von Dr. G. Flato. Grundpreis . . . . . 4.00   | 5. Betriebsräte im Aufsichtsrat von E. Köppl. Grundpreis 0.40  |
| 2. Betriebsrätegesetz, Betriebs-Bilanzgesetz und Aufsichtsratsgesetz. Handb. v. Dr. J. Feig u. E. J. Eißler. Grundpreis 3.50                         | 6. Der Gesundheitschutz im Betriebe. Von Prof. Dr. med. Th. Sommerfeld. Grundpreis 0.50                  |
| 3. Aus der Betriebsrätepraxis. Eine Sammlung wichtiger Entscheidungen, herausgegeben von E. Köppl. 1. Teil. Grundpreis 0.75 2. Teil. Grundpreis 1.50 | 7. Wie beurteilt man eine Bilanz? Von Paul Koste. Grundpreis 0.15  |
| 4. Betriebswirtschaft u. Bilanzrecht. Von W. a. b. Höllenburger. 2 Bde. u. 1 Mappe. Grundpreis 2.90  | 8. Was ist eine Bilanz? Von Paul Koste. Grundpreis 0.25  |
| Schlüsselzahl zu vorstehend genannten Schriften von 1. bis 4. zur Zeit 2000  | 9. Betriebsrätegesetz und Gewerkschafts-Kaufmannsgerichtsbücher. Von E. Köppl. Grundpreis . . . . . 0.60 |
|  | Schlüsselzahl zu den Schriften 5 bis 9 zur Zeit 900.   |

Die angegebenen Grundpreise multipliziert mit der Schlüsselzahl, ergeben den augenblicklichen Preis des Buches. Die Verlags-Gesellschaft des ADGB liefert Organisationen und deren Mitgliedern bei Bezugnahme auf diese Anzeige mit 25% Ermäßigung. Die genannten Schriften wurden in der Arbeiterpresse glänzend besprochen und ihre Anschaffung wärmstens empfohlen.

## Berlin.

Freitag, 18. Mai, abds. Punkt 6 1/2 Uhr, Versammlung aller Branchen im Gewerkschaftshaus (Großer Saal) Tagesordnung: 1. Quartalsabrechnung, 2. Beitragsregulierung, 3. Beschlüsse.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

## Granitschleifer

für Maschine und Hand sofort für dauernd gesucht. Otto Koppe & Co. Dobrilugt A./S.

## Arbeits-Hofen

in Qualitäten: Zuckelber, weiß, schwarz, Silbergrau; Pilot, Schiffeisen, Zwitter sowie Sommer-Jacken in vererblichen Qualitäten liefert zu äußersten Preisen W. Hübner, Niederoderwitz i. Sa. Anfertigung von Arbeits-Garderobe.

## Tüchtiger Steinmetz

für Grabsteinarbeit in Sandstein, der eblt auch in Restaurationen benandert ist, sofort für dauernd gesucht. Otto Koppe Bildhauer- und Steinmetzmeister, Dobrilugt A./S.

## Granit-Steinmetz

Suche möglichst bald Stellung für Granit- und Marmor-Bearbeitung. Gutes Zeugnis als solcher vorhanden. Rufz. 603. Ad. an H. Skarab, Peterwitz, Kreis Schweidnitz in Schlesien.

## Jeder kann Schriftzeichen

nach meiner Methode. Schriften-Architektontik. J. Siegler, Gießen, Bismarckstr. 37.

## Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.

- In Wiesbaden am 20. März der Sandsteinmetz A. Schmidt, 34 Jahre alt, Hersleben.
- In Lübeck am 5. April der Sandsteinmetz Otto Bulle, 48 Jahre alt, Lungenerkrankung.
- In Demitz-Thumitz am 7. April der Brecher Gustav Semmer, 66 Jahre alt, Salaganfall.
- In Görlitz am 13. April der Granitsteinmetz Emil Förster, 49 Jahre alt, Leberkrank.
- In Pörschitz am 14. April der Schleifer Friedrich Borchert, 42 Jahre alt, Blutvergiftung.
- In Lutter am 16. April der Brecher Stephan Walzowial, 56 Jahre alt, Lungentuberkulose.
- In Berlin am 20. April der Sandsteinmetz Leonhard Gudenberger, 58 Jahre alt, Lungenentzündung.
- In Birnsberg am 21. April der Granitsteinmetz Hans Schreiner, 18 Jahre alt, Blinddarmentzündung.
- In Alvensleben am 24. April der Brecher Wilhelm Jettel, 53 Jahre alt, Lungentuberkulose.
- In Sprendlingen am 24. April der Hilfsarbeiter Philipp Jung, 33 Jahre alt, Lungentuberkulose.
- In Könnigsbrunn am 25. April der Granitsteinmetz Emil Riesling, 46 Jahre alt, Grippe.

Chreihrem Andenten

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei, Aktiengesellschaft, Leipzig.